

Redaktion: Innere Stadt, Waigner-Gasse Nr. 21.

Administration: Universitäts-Gasse Nr. 4.

Pränumeration: Ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl., vierteljährig 2 fl.

Neuer Freier Lloyd.

Verantwortlicher Redakteur: EDUARD HORN.

Ankündigungsbureau: Universitäts-Gasse Nr. 4.

Inserationspreis: Für eine vier-spaltige Petitzeile bei einmaliger Einrückung 10 kr., bei drei- oder mehrmaliger nur 7 kr. und jedesmal 30 kr. Stempel. Im „offenen Sprechsaal“ wird die Petitzeile mit 20 kr. berechnet.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnement auf den „N. Fr. Lloyd“. Derselbe wird auch fernerhin die Interessen der Freiheit, des Fortschrittes und der Demokratie, die mit den wohlverstandenen Interessen Ungarns identisch sind, in vollster Unabhängigkeit nach jeder Richtung hin und mit aller Entschiedenheit zu fördern bestrebt sein und glaubt hiebei mit voller Zuversicht auf die steigende Gunst und Unterstützung aller wahrhaft liberalen Kreise in Ungarn zählen zu dürfen.

Der „N. Fr. Lloyd“ erscheint seit 16. August l. J. zwei Mal wöchentlich, und zwar jeden Sonntag und Donnerstag Morgens; der Abonnementspreis ist für Pest-Dfen oder mit Postversendung: Vierteljährig 2 fl. ö. W.

Gustav Heckenast's Zeitungs-Expedition. Pest, Universitäts-Gasse Nr. 4.

Inhalt. — Die Finanzkommission über die Anleihe. — Bericht der Finanzkommission. — Die französische Kriegsverwaltung. — Politische Rundschau. — Ungarischer Reichstag. — Revue der ungarischen Tagespresse. — Quer durch die Alpen. — Deutsches Aktientheater. — Pester Geld- und Produktmarkt. — Wiener Börse. — Stand der Gewerbe in Pest. — Vermischtes. — Anzeigen.

Die Finanzkommission über die Anleihe. Pest, 21. September.

Wenn vollendete Parteidressur und unbedingte Libidinerie den guten Anwalt machten, so ließe gewiß die Befürwortung des Kerkápoly'schen 8%igen Anlehens seitens der ständigen Finanzkommission Nichts zu wünschen. Sie ist sichtlich von den besten Absichten befeelt; sie ist durchdrungen von dem Pflichtgefühl, daß sie den Regierungsantrag gut finden und energisch unterstützen müsse, weil es ein Regierungsantrag ist. Die Befürwortung wäre denn auch untadelhaft, wenn sie sich auf Geltendmachung dieser Rücksicht beschränkte, wenn der Bericht kurz und bündig lautete: „Die Regierung verlangt, daß ihr eine Anleihe von 30.000.000 Silber votirt, und zwar sofort votirt werde, ergo ist die Anleihe zu votiren und sofort zu votiren.“ Aus falschem Schamgefühl oder unter dem Einfluß unserer hergebrachten Vorliebe für Vielrednerie glaubte die Kommission, diese einfache und allesagende Erklärung in drei lange Berichtspalten auflösen zu müssen; sie hat durch diese Verwässerung ihre These nur abgeschwächt und den guten Eindruck vermindert.

Die Kommission konnte nicht umhin, vor Allem die Frage sich zu stellen: ob es zulässig sei, die Anlehensangelegenheit schon jetzt, d. h. vor der Beratung des Budgets, reichstäglich zu verhandeln? Selbstverständlich — da die Regierung es so wünscht — antwortet die Kommission mit „Ja“. Was sie aber zur angeblichen Begründung dieses „Ja“ vorbringt, muß jedem Unbefangenen gerade die entgegengesetzte Ansicht beibringen.

Das „Ja“, oder die Votirung des Anlehens außerhalb und vor der Budgetdebatte, ließ sich nur in Einer Weise halbwegs begründen: wenn nachgewiesen wurde, daß die Anleihe ganz speziellen, mit dem Budget in keinem direkten Zusammenhang stehenden Zwecken zu dienen habe, daß sie von der allgemeinen Finanzlage, die bei der Budgetdebatte zu erörtern und festzustellen ist, in keiner Weise beeinflusst werde noch sie unmittelbar beeinflusse. Der Kommissionsbericht aber sucht gerade das Gegentheil zu erhärten. Er sucht nachzuweisen, daß wir nächstes Jahr für den Bahnbau um 7.000.000 fl. mehr brauchen dürften als aus dem alten Spezialanlehen noch flüssig sind; daß der Fiumaner Hafenanbau, der Franziskanerkanal, die Pest-Dfner Verbindungsbahn, die Gömörer Industriebahn und andere in's nächstjährige Budget eingestellte Forderungen aus den Mitteln dieses Budgets nicht gedeckt werden können. Mit anderen Worten, daß wir es mit keinem Spezialanlehen im strengsten Sinne des Ausdruckes mit einem allgemeinen Budget- oder Defizit-Anlehen zu thun haben. Mehr braucht es nicht, um darzutun, daß rationeller und konstitutioneller Weise die Anleihe nur bei der Budgetverhandlung oder eigentlich nach derselben diskutiert werden kann.

„Wer zu viel beweisen will, beweist Nichts“, sagt ein sehr richtiges französisches Sprichwort. In Kerkápoly's Motivirung (indokolás) behielt das Anlehen wenigstens den Schein des Spezialanlehens;

sie weiß demselben drei positive und ausschließliche Bestimmungen an: Bau von Ministerialgebäuden, Fiumaner Hafen, Eisenbahnen. Die Finanzkommission, dies vielleicht unzureichend findend, legt den Nachdruck auf die allgemeine Unzulänglichkeit des nächstjährigen und der nachfolgenden Budgets zur Deckung der Erfordernisse für produktive Anlagen. Damit ist dem Anlehen der Charakter der Spezialität entschieden benommen und ihm eben so entschieden der Charakter des allgemeinen Budget- oder Defizitanlehens aufgedrückt. Dann kann es aber nur mit oder nach dem Budget verhandelt und votirt werden.

Die Finanzkommission, ohne es sich eingestehen zu wollen, fühlte so sehr wie der Charakter des Spezialanlehens, welchen Kerkápoly seinem Antrage ausdrücken wollte, nicht ernst sei, daß sie die von ihm in den Vordergrund gestellten Verwendungen kurzweg streicht. Ein neuer von der Kommission in den Gesetzentwurf eingeschalteter Paragraph (6) bestimmt: „Hinsichtlich der aus diesem Anlehen zu machenden Investitionen verfügt die Gesetzgebung.“ Das ist ganz korrekt und bekundet, daß der Finanzkommission — trotz ihres sichtlichen Strebens: der Regierung gefällig zu sein — der konstitutionelle Sinn nicht ganz abhanden gekommen. Nur übersehen die Kommission, daß sie mit diesem Paragraphen ihre Verantwortung der Regierungsvorlage über den Haufen wirft. In der That, wenn die Verwendungen des Anlehens erst nachträglich durch besondere Gesetze vom Reichstage festgestellt werden sollen, der sich hiebei natürlich an die Resultate der Budgetfeststellungen halten wird und muß, so wird die vorgängige Votirung nicht nur gegenstandslos, sondern geradezu ein Widerspruch.

bleibt ein einziger Grund oder Vorwand: die angebliche Wohlfeilheit, welche den Reichstag bestimmen müßte mit beiden Händen sofort nach dem Anlehen zu greifen. Wir glauben diesen Grund oder Vorwand bereits in der vorigen Nummer hinlänglich gewürdigt zu haben, indem wir nachgewiesen, daß das Anlehen auf 8 Prozent zu stehen kommt. Der Bericht der Finanzkommission hält es übrigens auch nicht für gerathen die Wohlfeilheit des Anlehens besonders zu betonen; er beschränkt sich auf die bescheidene Behauptung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Anlehensbedingungen wohl nicht als drückend („terhes“) gelten können.

Im Vertrauen wird, und zwar mit großem Nachdruck, ein anderes Argument für die sofortige Votirung des Anlehens in's Feld geführt. Die Regierung habe das Anlehen bereits — allerdings mit dem nöthigen konstitutionellen Vorbehalt — abgeschlossen; demselben müsse daher votirt werden, wenn man nicht der Regierung ein Dementi geben wolle. Wir haben hierauf zu bemerken, daß in erster Reihe der Vorbehalt der reichstäglichen Gutheißung, wenn derselbe nicht eine leere Formalität sein soll, doch auch die Möglichkeit der Nichtbewilligung voraussetzte, dieselbe demnach gar nicht so ungeheuerlich wäre, als man uns glauben machen will. Zweitens sind wir der Ansicht, daß der vorgängige Abschluß des Anlehens seitens der Regierung eher ein Grund der Ablehnung als der Annahme sein müsse. Ein konstitutionelles Ministerium sollte kein Anlehen abschließen, ehe dasselbe von der Volksvertretung gutgeheißen worden. Wenn unsere Regierung sich über diese konstitutionelle Grundforderung wiederholt hinwegsetzt, so kann der Reichstag sie zu deren Beachtung eben dadurch am besten zurückführen, daß er solchen Anleihen seine Zustimmung

verweigert, oder wenigstens sie nicht über Hals und Kopf bewilligt.

Der vorstehend Besprochene Bericht des ständigen Finanzausschusses in Betreff des Gesetzentwurfes über die „Realisirung eines Staatsanlehens“ lautet:

Der ständige Finanzausschuß hat bei Verhandlung dieses Gesetzentwurfes vor allem Andern sich mit der Entscheidung der Frage beschäftigt, ob es möglich, diese Staatsanlehen-Angelegenheit noch vor Verhandlung des 1872er Staatsbudgets in Beratung zu nehmen? Der Ausschuß beantwortete diese Frage mit Ja. Dieser Gesetzentwurf spricht nämlich von der Ausnahme einer 30.000.000 fl. im Nominalwerthe betragenden Staatsanleihe. Diese Anleihe verlegt den Staat in die Lage, die Ausgaben, welche für einzelne schon im Gesetz angeordnete außerordentliche Investitionen nöthig sind, decken zu können. Diese Investitionen sind die für den Ausbau des Fiumaner Hafens und für die Fortsetzung der Staats-Eisenbahnen erforderlichen Auslagen.

Der vom Ausbau des Fiumaner Hafens handelnde 1871er Gesetzkartikel ordnet entschieden und klar an, daß die Kosten dieses Hafens aus einer konsolidirten Staatsschuld zu decken sind. Das durch Gesetzkartikel XIII: 1868 aufgenommene Eisenbahnanlehen ist nach dem, vom Finanzminister diesem Gesetzentwurf beigelegten Ausweis an sich schlechterdings nicht ausreichend, um daraus im J. 1872 die Baukosten jener Eisenbahnen zu decken, deren Herstellung auf Staatskosten das Gesetz angeordnet hat, ja deren Bau faktisch schon im Zuge ist.

Diese beiden Umstände lassen mit voller Gewißheit voraussetzen, daß bei den Verhandlungen des Budgets pro 1872, nachdem auch außer den für die erwähnten Bauzwecke zu verwendenden Summen ein bedeutendes Defizit zwischen den Einnahmen und Ausgaben sich zeigt: es nicht möglich sein wird, in den Staatsrevenue für die Fortsetzung und Beendigung der Bauten eine Deckung zu finden.

In Folge dieser beiden Umstände sieht der Ausschuß keinen Grund dazu, daß die Verhandlung dieser Anleihe, die zu bestimmten Zwecken und zu gewissen außerordentlichen Investitionen aufzunehmen sein wird, bis zur Verhandlung des Budgets hinausgeschoben werde.

Was die Anleihe selbst betrifft, so ist deren Nothwendigkeit nach der Ansicht des Ausschusses nicht zu bezweifeln. Der Ausschuß hat schon in seinem Gutachten über den Gesetzentwurf in Betreff des Ausbaues des Fiumaner Hafens die Ueberzeugung ausgedrückt, daß in unserer gegenwärtigen finanziellen Lage außerordentliche Investitionen, die so bedeutende Summen in Anspruch nehmen, wie der Ausbau des Fiumaner Hafens, aus den laufenden Staatseinkünften nicht gedeckt werden können, und daß deren Anweisung aus den öffentlichen Einkünften zu einer vollständigen Verwirrung des Gleichgewichts im Staatshaushalte führen muß. Dieses Gutachten hat die Legislative sanctionirt, indem sie die Aufnahme eines fündirten Anlehens zum erwähnten Zwecke durch das Gesetz anordnete.

Unter denselben Gesichtspunkt fallen nach der Ansicht des Ausschusses auch die in Staatsbahnen zu investirenden Ausgaben.

Der Bau jener Eisenbahnen, deren Bau durch das Gesetz angeordnet ist und thatsächlich auch schon begonnen wurde, kann nicht unterbrochen werden und nachdem deren vollständiger Ausbau nach dem Ausweise des Finanzministers nach vollkommenem Verbrauch des Eisenbahnanlehenfonds fl. 30.174.368 beansprucht, so erweist es sich als nöthig, jenen Theil der Baukosten, der in den nächsten Jahren aufzuwenden sein wird, durch ein Anlehen zu beschaffen; hinsichtlich dessen aber, welche Summen nach dem 1872er Voranschlage des Kommunikationsministers für die nicht mehr in Frage zu ziehenden Eisenbahnbauten schon im nächsten Jahre nöthig sein werden, so legt der Ausschuß folgende Berechnung vor:

Aus dem Eisenbahnanlehen bleiben Ende 1871 nach dem Ausweise des Finanzministers nur mehr fl. 15.792.000 verfügbar.

Für die Staatsbahnen, deren Bau durch das Gesetz angeordnet und bereits begonnen ist, sind für das Jahr 1872 im Budget des Kommunikationsministers präliminirt:

Table with 2 columns: Eisenbahnbaudirektion, Bauten, and amounts in fl. (529,839; 50,000; 7.296,000; 10.000,000; 3.089,570).

5. Altsohl-Neusohler Bahn . . .	fl. 440,000
6. Fiumaner Bahnhof . . .	fl. 1,500,000
	fl. 22,914,409
abgezogen fl. 15,792,900	
	fl. 7,123,409

Diese Summe bleibt daher von den Kosten der im Bau begriffenen Eisenbahnen im Jahre 1872 ohne Bedeckung.

Dazu kommt die Pest-Ofner Verbindungsbahn, 1,500,000 fl. demgemäß beträgt das gesammte Defizit 8,623,409 fl.

Nach dieser Berechnung weist also das 1872er Erforderniß für die auf das Eisenbahnlehen angewiesenen und bereits in Bau begriffenen Eisenbahnen 22,914,409 fl. auf; nachdem jedoch für das Jahr 1872 nach beiläufiger Berechnung aus dem Eisenbahnlehen nur mehr 15,792,000 fl. der Legislative zur Verfügung stehen, so bleiben von den Kosten der bereits in Bau begriffenen Eisenbahnen für 1872 7,123,409 fl. ungedeckt. Hierzu die für 1872 präliminirten Kosten der Pest-Ofner Verbindungsbahn, deren Bau gleichfalls durch das Gesetz angeordnet ist, mit 1,500,000 fl. gerechnet, macht die Summe, für welche das Eisenbahnlehen keine Deckung mehr bietet, zusammen 8,623,409 fl. aus.

Die Kosten des Fiumaner Hafens sind für 1872 mit 2,500,000 fl. angenommen; die auf Grundlage des Ges.-Art. . . : 1871 schon zu Lasten dieses Anlehens vorgeschaffene Summe beträgt 1,000,000 fl., zusammen also belaufen das aufzunehmende Anlehen von den Baukosten des Fiumaner Hafens im Jahre 1872 3,500,000 fl.

Für den Franziskanal sind im Jahre 1872 500,000 fl. flüssig zu machen.

Außerdem darf man nicht vergessen, daß in den nächsten Jahren die Vollendung der begonnenen Eisenbahnbauten große Geldopfer fordern wird; der Ausschuß erwähnt hier gar nicht mehr als die folgenden: die Realisirung der ebenso hochwichtigen als dringend notwendigen Pest-Ofner Verbindungsbahn, die mindestens noch fl. 2,500,000 fordert; den Ausbau der Gömörer Industriebahnen, für welche allein im Sinne des Gesetzes etwa 2,200,000 fl. nötig sein werden, die Fortsetzung des Fiumaner Hafens, dessen Kosten für die nächsten Jahre außer den für 1872 angenommenen 3 1/2 Millionen auf 4 1/2 Millionen veranschlagt sind; die Subvention des Franziskanals mit fl. 1,500,000, die Einrichtung der Staatsbahnen mit etwa fl. 4,700,000; das Alles wird bedeutende, auf etwa 15,400,000 sich belaufende Summen in Anspruch nehmen, Summen, die in Anbetracht der auf allen Gebieten so überaus nötigen Investitionen, in ganzer Ausdehnung aus den öffentlichen Einkünften zu decken, unmöglich sein wird.

Die für die oben erwähnten Zwecke erforderlichen Summen machen mit den im Jahre 1872 aus dem Anlehen zu deckenden fl. 12,523,000, zusammen fl. 27,923,000 aus und beweisen auf die Art deutlich die Nothwendigkeit der Aufnahme dieser Anleihe.

In Folge dieser Gründe hält der Ausschuß die Aufnahme des in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Staatsanlehens vollständig für motivirt und für unumgänglich nötig, und deshalb empfiehlt er die Annahme dieses Gesetzentwurfes dem g. Abgeordnetenhause um so eher, als der Ausschuß die im Gesetzentwurf enthaltenen Bedingungen der Anleihe, den bisherigen Anleihen gegenüber und überhaupt unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen nicht für drückend hält.

Den Gesetzentwurf selbst hat der Ausschuß folgendermaßen stilisirt:

„Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Staatsanlehens im Nennwerthe von 30,000,000 Silbergulden.

§. 1. Der Finanzminister wird ermächtigt, ein Staatsanlehen abzuschließen, aus welchem als wahrer Werth, ohne jeden Abzug, mindestens die Summe von 22,125,000 Gulden Silber in den Staatschatz fließen soll.

§. 2. Der Finanzminister kann zu diesem Zwecke Staatsobligationen im nominellen Betrage von 30,000,000 Gulden Silber emittiren, die binnen zweieunddreißig Jahren zu amortisiren sind.

§. 3. Nach den auszugehenden Obligationen wird das

Arer fünf Prozent als Zinsen, gleichfalls in Silber, halbjährlich nachträglich zahlen.

§. 4. Für die genaue Erfüllung der aus diesem Anlehen fließenden Verpflichtung bürgt der Staat mit seinen gesammten Revenuen.

§. 5. Die Anlehensobligationen und Zinsentcoupons der Obligationen, sowie die bezüglich dieses Anlehens abzuschließenden Verträge werden durch dies Gesetz von allen bestehenden Steuern, Gebühren und der Einkommensteuer befreit, welche Gebühren- und Steuerfreiheit denselben auch für die Zukunft garantiert wird.

§. 6. Hinsichtlich der aus diesem Anlehen zu machenden Investitionen verfügt die Gesetzgebung.

§. 7. Mit dem Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes wird der Finanzminister betraut.“

Koloman Széll,  
Referent des ständigen Finanzausschusses.

### Die französische Kriegsverwaltung.

West, 22. September.

Es war im Spätsommer vorigen Jahres daß ich, trotz Roth und Regenwetter, die Lust fühlte oder das Bedürfniß empfand, den Abend im Stadtwaldchen zu verbringen. Kaum hatte ich auf dem Deakplatz einen der Spezialomnibusse bestiegen, die bei gutem Wetter ziemlich anständig aussehen, aber wahrhaft garstig und höchst unbequem werden, wenn schlechtes Wetter sie zur Improvisirung der leinenen Bedachung nöthigt, als Herr Karl Kerkipoly mir gegenüber Platz nahm. Selbstverständlich konnte es nicht lange währen, daß unser Gespräch auf die großen Ereignisse des Tages, auf die erschütternden Nachrichten vom preußisch-französischen Kriegsschauplatz, fiel. Herr Kerkipoly machte unter Andern Eine Bemerkung, die mich frappirte und mir seitdem oft in Erinnerung gekommen ist. Er meinte nämlich: „Man kann über die überraschend großartigen Siege Preußens staunen, sie vielleicht auch bedauern; eines aber ist gewiß und ist tröstlich: es hat wenigstens der Menschenfreund, der Moralist, nicht über die Mittel zu jammern, durch welche Preußen in den letzten Jahren so mächtig emporgehoben und denen es auch seine gegenwärtigen Triumphe verdankt. Es sind sehr ehrenhafte und sehr empfehlenswerthe Mittel, welche die Grundlage seiner Macht bilden. Es sind ihrer namentlich drei: das Wissen, der Unterricht, welche die preussische Regierung stets gefördert hat und denen sie heute die Tüchtigkeit ihrer Offiziere und ihrer Soldaten verdankt; die Sparsamkeit, welche seit zweihundert Jahren in ihrem Staatshaushalt herrscht und sie vorkommenden Falls in die Lage setzt, die größten momentanen Geldopfer ohne Anstrengung zu ertragen; endlich die strenge Redlichkeit, welche alle Zweige der Administration charakterisirt, die Kriegsverwaltung vielleicht noch mehr als alle andern, und deren Gegenpart so wesentlich zur Niederlage Frankreichs im Jahre 1866, zur Niederlage Frankreichs im Jahre 1870 beigetragen. Das sind im Grunde die Machtmittel, die jeder Nation, wenn sie ernstlich will, zu Gebote stehen, Mittel, deren Anwendung im Interesse der nationalen Entwicklung und Erstarkung, jede Regierung ihrem Lande anempfehlen darf und soll“. . . Ich weiß nicht, ob der geehrte Finanzminister Ungarns sich in seiner Antirung oft

dieser sehr richtigen Bemerkung des Herrn Kerkipoly erinnert; betreffs des zweiten Punktes namentlich sieht dies leider sehr zu bezweifeln, wenn man die Reichfertigkeit sieht, mit welcher er das Staatsschuldenmachen betreibt. Wie schwer der dritte Punkt bei dem letzten Kriege in's Gewicht gefallen, davon liefern die Arbeiten der französischen Enquete-Kommission täglich neue, ebenso frappante als traurige Belege, die auch in andern Ländern nicht ernst genug beachtet und beherzigt werden können. Wir entlehnen dem letzten der Nationalversammlung kurz vor ihrem Auseinandergehen unterbreiteten Enquetebericht folgendes Resumé:

„Im Juli 1870, einige Zeit vor Beginn der Feindseligkeiten pries die Kriegsverwaltung vor der Kammer die eigene Vorsicht, die Unermesslichkeit unserer Vorräthe; sie würden, hieß es, für die Bedürfnisse des längsten Feldzuges genügen.

Das Wort des Marschalls Le Boeuf ist berühmt geworden: „Wenn der Krieg ein Jahr dauern sollte, so wird kein Samaschenknochen einem Manne fehlen.“ Kaum hatten die Feindseligkeiten begonnen, als der Minister schon die Unzulänglichkeit seiner Berechnung gestehen mußte. Man rief die bis dahin verschmähte Hilfe des Handels und Privatindustrie an. Die Industrie konnte nichts leisten; man mußte in England suchen, was man in Frankreich nicht bekommen konnte. Der Kriegsminister machte sodann verschiedene Einkäufe, welche später durch eine Kommission geprüft wurden. Kaum hatte aber die Kommission ihre Untersuchung begonnen, als sie die seltsamsten Entdeckungen machte.

Die erste Ueberraschung bereitete ihr die Masse der Einkäufe. Konnte man im Kriegsministerium annehmen, daß England ein bedeutendes Lager von Waffen und Patronen habe? Nein. Diese Gattung von Waren ist zu theuer, als daß man einen Vorrath davon anfertigen würde. Die Anhäufung derselben würde ein ungeheures unproduktives Kapital ausmachen, welches erst nach einer gewissen Reihe von Jahren flüssig gemacht werden könnte. Wie konnte man nun von der Industrie Englands 458,000 Gewehre verlangen? Und man zählte hierbei nicht etwa auf die nachträgliche Erzeugung; nein, alle Verträge stipulirten die Lieferung in vierzehn Tagen, was kaum für die Verpackung genügte. Die Ziffer der Einkäufe erlaubt demnach die Vermuthung, daß sie nicht ernst waren.

Die Namen der Personen, welche die Kontrakte abschlossen, sind nicht weniger lehrreich. Man warf der Regierung des 4. September die Einkäufe vor, in welchen Hr. Costar intervenirte; was soll man aber zu den Einkäufen sagen, welche durch das letzte Kriegsministerium unter dem Kaiserreich abgeschlossen worden? Man sieht dort zwei Deputirte figuriren, dann Grundbesitzer, Journalisten, eine Frau, Abenteuer jeder Gattung, Geschäftsleute aus aller Herren Länder. Der Minister kaufte von Herrn Granier de Cassagnac 12,000 Chassepot, von Herrn Terme 20,000, von einer Gräfin Van der Byver 6000. Wie konnte die Regierung mit solchen Personen Kontrakte abschließen, statt sich an die kleine Zahl jener Fabrikanten zu wenden, bei welchen Waffen und Munition zu finden waren?

Die Kommission steht nicht an zu erklären, daß diese Einkäufe nichts als Fiktionen sein konnten, zu welchen die kaiserliche Verwaltung sich so leicht hergab. Man mußte das Land bis zur letzten Minute betrügen!

## Fenilleton.

### Quer durch die Alpen. \*)

I.

Aus dem sagenreichen Griechenland klingt uns eine tiefjünnige Mythe entgegen von dem Kampfe der Giganten gegen Zeus, der durch einen Staatsstreich die Herrschaft im Olymp an sich gerissen hatte. Die Erhabenheit griechischer Fabeln, welche selbst das Weltganze nur durch das Gleichgewicht gewaltiger, sich widerstrebender Kräfte gestützt darstellen, wird uns erst begreiflich, wenn wir unserer ererbten religiösen Begriffe uns entledigen und uns an den ewig pochenden Busen der Natur lehnen. In den griechischen Mythen pulst es wie eine tiefe Ahnung von der ehernen Nothwendigkeit, welche die Vielheit gewaltiger Naturkräfte umfaßt, und was die moderne Geologie von zer-

stößenden Erdrevolutionen, von einander sich verschlingenden Weltepochen unserem staunenden Ohr erzählt, das hat die griechische Mythologie längst in schönheitsklare Gestalten gefaßt, deren Räthsel sich uns erst allmählig zugleich mit unserer vordringenden Erforschung der Natur lösen. Die Giganten rückten Berge aus ihren Standorten und thürmten dieselben über einander, um als Nebellen den Olympos einzustürzen. Wahrlich, unsere vulkanische Erdtheorie weiß nicht mehr zu erzählen, sie erzählt die Thatfachen von der Feuerperiode unseres Erdballs, in welcher die großen Bergrücken emporgetrieben wurden, nur in dürreren Worten. Daß das ganze tellurische Dasein ein fortwährender Kampf der Elemente ist, das hatten die Griechen in ihrer Mythe vom Typhon, der unter den sizilischen Bergen wie erstickt daniederliegt, aber von Zeit zu Zeit sich in vulkanischen Erschütterungen zu befreien sucht, fortwährend klar vor Augen, während in unserer jüdisch-christlichen Welt jede ungewohnte Naturerscheinung sofort den krafftesten Aberglauben hervorruft.

Zu dem Geschlecht der himmelstürmenden Giganten gehörte auch Prometheus, der für seine Auflehnung gegen den Staatsstreich des Zeus durch eine Deportation nach dem Kaukasus und eine mehrhundertjährige Freiheitsstrafe büßen mußte. Prometheus ist der Vater der — Menschen.

Nun ist es zwar nichts Neues, das große Väter misrathene Söhne haben, aber so ganz geht der uralte Genius in den Nachkommen nicht verloren, und gerade unser Zeitalter seit Newton und James Watt erinnert uns daran, daß unsere Vorfäter nach griechischer Auffassung die Giganten waren, welche mit den

Alpen Ball spielten und den freien Troß gegenüber jeglicher Despotie zur Geltung brachten.

Seitdem die menschliche Gesellschaft besteht, haben immer der Einzelne auf Kosten der Menge, die Wenigen auf Kosten der Vielen, ihr Wohlleben zu begründen gesucht. Mit der politischen Sklaverei ging Hand in Hand die geistige Verdummung, und es war ein Wahrzeichen des kommenden Menschheitsfrühlings, als der Gedanke sich aus dem politisch-kirchlichen Druck des Mittelalters befreite, als Künste, Wissenschaft und Technik im Bunde den Protest gegen die Tradition und den Stillstand erhoben. Die Bewegung des humanistischen und Reformationszeitalters, die Emanationen des Aufklärungsjahrhunderts, die Erfindungen und technischen Verbesserungen des gegenwärtigen Jahrhunderts bilden eine Kette von geistigen Erscheinungen, die trotz aller Despotie, Verfolgung, Banntüme und Enzykliken, trotz allen Märtyrertums der Unterdrückung und Vertennung, die Majestät des menschlichen Geistes unzweifelhaft bethätigten.

Vorzugsweise ist unser Jahrhundert das technische zu nennen. Die Freiheit des Gedankens wurde erfochten in der Reformation im 16. Jahrh., die politische Freiheit der Welt wurde grundgelegt im 17. Jahrhundert seit der Enthauptung Karls I., Wissenschaft und Philosophie hatten alle ihre Ziel-punkte erreicht oder erkannt im 18. Jahrhundert, das 19. Jahrhundert hat weder ein neues religiöses, noch staatsrechtliches, noch wissenschaftliches, noch philosophisches Axiom, der ganze Schwerpunkt seines Fortschritts liegt in der Erkennung und Beherrschung der Natur durch die Technik.

\*) Es ist gewiß für uns nur schmeichelhaft und kann uns auch im Interesse der von uns vertretenen Prinzipien nur angenehm sein, wenn Provinzialblätter unsere Leit- und Fenilletonartikel reproduziren. Wir haben durchaus nicht die Gewohnheit „au voleur!“ zu schreiben, wenn sie und da die Nennung der Quelle vergessen wird. Doch scheint es uns die Grenzen der entschuldbaren „Bergeßlichkeit“ zu überschreiten, wenn das „Araber Tageblatt“ systematisch unsere Originalfenilletons reproduzirt und dabei mit unerschütterlicher Beharrlichkeit die Nennung des „N. Fr. L.“ vermeidet. Der g. Redakteur des genannten Blattes wird nicht in Abrede stellen, daß wir dieses, mindestens höchst unkollegiale Vorgehen gerade von seinem Blatte am allerwenigsten erwarten durften. (D. R.)

Man kann sich auch schwereren Verdachtes nicht erwehren, wenn man die Namen, die Stellung der Personen betrachtet, mit welchen das Ministerium unterhandelte, die Zahl der Einkäufe, den Werth der Waren und die näheren Umstände der Einkäufe. Die Vermuthung drängt sich da auf, daß es inmitten der furchtbaren Verwirrung, welche das Land zu Grunde richtete, im Kriegsministerium Personen gab, welche darauf spekulirten aus dem Unglück des Landes einen verabscheuungswürdigen Gewinn zu ziehen. Zwischen der kaufenden Regierung und den verkaufenden englischen Häusern drängten sich Vermittler, welche sich ihre Vermittlung zehn- oder zwölffmal theurer bezahlen ließen, als sie werth war.

Ein Londoner Haus gab vor: ungefähr 5000 Chassepot zur Verfügung zu haben. Es ließ dieselben der Regierung durch einen Pariser Waffenfabrikanten anbieten, das Stück um 100 Francs. Das Offert wurde nur unter der Bedingung angenommen, daß es im Kontrakte 115 per Stück heißen sollte. Und das Geschäft wurde mit dieser Modifikation abgeschlossen!

Am 26. August erboten sich einige Spekulanten, der Regierung im Laufe eines Monats 40,000 Stück Remingtongewehre zu liefern. Es gibt nur ein Haus, welches solche in dieser Menge liefern könnte: das Haus Remington. Es besaß im Monate August 15,000 mehr weniger fertige Gewehre vorräthig; aber das Ministerium schien mit ernstern Häusern keine Geschäfte machen zu wollen. Statt die Fertigmachung zu beschleunigen und die vorräthigen Gewehre des Hauses Remington zu erwerben, zog das Ministerium es vor, von Spekulanten 40,000 Gewehre zu kaufen, welche nicht existiren konnten, und welche, hätten sie auch existirt, nicht in die Hände der Spekulanten gerathen wären.

Die Einkaufskommission konnte eine Reihe von Thaten konstatiren, eine gravirender als die andere, und höchst geeignet die öffentliche Aufmerksamkeit zu fesseln. Daß das Ministerium durch seine Nachlässigkeit, durch seinen Leichtsin, seine Unbesonnenheit die schwersten Fehler begangen habe, steht außer Zweifel; haben aber nicht auch größere Vergehen mitgewirkt? Gewiß ist es schwer, an eine so tiefe Korruption zu glauben; das Ministerium mochte auf seine vertrauenswürdig-n Organe zählen, können aber nicht auch Betrüger darunter gewesen sein? Die durch die Einkaufskommission gemachten Entdeckungen werden im Kriegsministerium gewiß die größte Bewegung hervorgerufen, wenn das Publikum von den Einzelheiten offiziell unterrichtet sein wird.

Die Kommission muß der Nationalversammlung den Vorschlag machen, sie möge den Kriegsminister verpflichten: gegen die Funktionäre, welche seine Verwaltung kompromittirt haben, die Untersuchung einzuleiten, und die Liquidirungen der Einkäufe überprüfen zu lassen. Sie wird der Nationalversammlung ferner den Vorschlag machen, die Personen zu verfolgen, welche unter dem französischen Geheke stehen. Das Ministerium und das Land haben gleiches Interesse, um in diese Angelegenheit vollständige Klarheit zu bringen.

Beachtenswerth ist namentlich der Gegensatz welcher sich nach Proklamirung der Republik zwischen der von der republikanischen Regierung eingesetzten Ausrüstungskommission und dem Kriegsministerium herausstellte; letzteres, wiewohl zum Theil nach dem 4. September reformirt, kann die aus dem Kaiserreiche übernommenen Gewohnheiten der „vortheilhaften“ Liefe-

rungsgeschäfte nicht lassen. Das Kriegsministerium beharrt dabei, sich nie an die Erzeuger der benötigten Artikel zu wenden; die Lieferungen werden nach wie vor an Mittelspersonen übertragen, denen, wie der Enquetebericht meint, geschmeichelt würde, wenn man sie bloß als „zweideutig“ bezeichnete. Und so geschieht's z. B., daß das Kriegsministerium von seinen Vermittlern für 60 Francs das Stück Perkussionsgewehre kauft, welche der Delegirte der Ausrüstungskommission zur selben Zeit mit 35 Francs bezahlt; daß das Kriegsministerium mehrere Millionen Patronen zu 180 Francs erstelt, welche die Ausrüstungskommission mit 100 Francs bezahlt. Der schönste Streich ist folgender: die Ausrüstungskommission hat Patronenlieferungen abgeschlossen zu 125 Francs das Tausend, hat aber eine bedeutende Menge derselben als für diesen Preis unannehmbar ausgeschossen; diese zurückgewiesenen Patronen werden dem Kriegsministerium sofort von seinen Unterhändlern zu 180 Francs das Tausend abgeliefert! Die Folge dieser schönen Geschäfte ist, daß ganze Bataillone in's Treffen geschickt werden mit Patronen, von denen 6 auf 8 versagen! Dann wundert man sich, wenn die französische Armee weder mit Munition, noch mit Waffen, noch mit Lebensmitteln gehörig versorgt war; wenn sie rasch entkräftet und demoralisirt wurde, wenn sie den Preußen nicht Stand zu halten vermochte; die in all diesen Beziehungen musterhaft versorgt waren . . . . .

Jawohl, Herr Karl Kerkápolji hat Recht: neben dem Wissen sind Sparsamkeit und Redlichkeit im Staatshaushalte die ausreichendsten Mittel zur Erstarbung im Krieg und Frieden; die Geschichte des letzten Jahres, Preußens Siege ebenso sehr als Frankreichs Niederlagen, schreiben es mit feurigen Zügen in das Gedächtnis der Geschichte. Herr Karl Kerkápolji würde sich bedeutendes Verdienst um Ungarn erwerben, wenn er das Finanzministerium in erster Reihe, nebenbei auch das Kommunikationsministerium, vielleicht auch das Honvédministerium, welchem er früher thätig vorgestanden, zur ernstlichen Beachtung und faktischen Befolgung dieser Lehren bestimmte.

**Politische Rundschau.**

Wien, 23. September.

Die österreichischen Wirren fangen an ihre mächtigen Schatten zu uns herüber zu werfen und der Wurm der Zerstörung bohrt sich langsam aber sicher in den felsfest geglaubten Bau des 1867er Ausgleichs ein. Die österreichischen Verfassungstreuen haben in der richtigen Erkenntnis, daß die Zustände in Cisleithanien ebenso sehr die Interessen der Deakpartei wie ihre eigenen gefährden, einen Abgeordneten (Gisra) nach Pest entsendet, damit er anfrage, was die ungarische Regierung gegenüber der Lage in Oesterreich zu thun gedenke? Wie verlautet, erhielt er hier die Versicherung: Ungarn werde mit aller Energie für die Erhaltung des Ausgleichs, also auch des Konstitutionalismus in Oesterreich eintreten.

Es gibt nichts Größeres in der ganzen Weltgeschichte, als daß die Größe des Weltalls selbst klein geworden ist. Man denke an die naheliegendsten Arbeiten, welche den Begriff der Größe und Schwierigkeit vollständig vernichtet haben: an den transatlantischen Kabel, an die Pacific- und die Rigibahn. Seit dem transatlantischen Kabel hat die Entfernung, seit der Pacificbahn hat die geographische Ausdehnung, seit der Rigibahn hat der Begriff der Schwere das Szepter über die Menschheit niedergelegt.

Doch die Söhne der Giganten ruhen nicht. Es gehört nicht viel dazu, um zu prophezeien, daß wir erst an der Schwelle der großartigsten technischen Umwälzungen stehen, daß unser Jahrhundert erst die Overture spielt zu einer vollkommen neuen Ordnung der Dinge in allen Beziehungen. Selbst die jetzt so drohende soziale Frage wird vielleicht in der Technik eine ungeahnte Lösung finden. Die Technik wird die Arbeit vollständig der Materie übertragen, und es wird auf einem Boden, dem die Maschinen alle Bedürfnisse in Hülle und Fülle liefern werden, vielleicht ebenso wenig eine soziale Frage geben, als es je eine solche in der Heimat des Brodbaumes gab.

Jeder Schritt weiter auf den geistigen Gefilden technischer Erfindungen und in deren Einführung in die Praxis ist eine Etappe auf der Straße der politischen Freiheit. Und so begrüßen wir den Hammerschlag, der in diesen Tagen eines der in seiner Art größten Werke der Neuzeit in dem Schoße der Alpen vollendete, als ein freudiges Pochen am Thore der Völkerfreiheit.

Dr. A. S.

Unterdeß tauchen drüben tagtäglich neue Gerüchte über Ministerkrisen, über den Sturz Beust's u. auf, ohne jedoch bisher selbst einen Anflug von Wahrscheinlichkeit zu haben.

Jedenfalls ist die Lage geschaffen, um die vollste Genialität des Grafen Andrassy herauszufordern; die Zustände in Kroatien mögen ihm nicht den süßesten Schlaf bereiten. Freilich gibt's ein gutes und probates Mittelchen, um die Stimmen der Unzufriedenen nicht zu hören: man vertagt den Landtag! Aber durch derartige Maßregeln steigert man nur das Mißvergnügen im Lande und bereitet sich weit ärgere Verlegenheiten, als wenn man ehrlich und offen daran geht die Wunsch einer Landesbevölkerung zu prüfen. Die Aufregung in Kroatien wächst auch von Tag zu Tag und die Interpellation Frányi's in der kroatischen Angelegenheit war nur der Wiederhall der dortigen Stimmung. Unsere innere Politik zeigt also auch kein glänzendes Bild und wenn die Cisleithanier Trostes bedürftig sind, so werden sie wohl einen Seitenblick zu uns herüberwerfen.

In Frankreich haben die Ferien der Nationalversammlung bereits begonnen und die französische Regierung hat drei freie Monate vor sich, welche sie nach ihrem Versprechen benutzen will, um die Verwaltung zu reorganisiren. Man darf gespannt sein zu sehen, wie sie diese Aufgabe erfassen wird. Die Reorganisation der Verwaltung erscheint nicht gerade als der leichteste Theil des gewaltigen Reformwerkes, welches die Franzosen sich vorgesetzt haben und welches hoffentlich die Erwartung aller Freunde Frankreichs befriedigen wird. Armee-reform, Unterrichtsreform, Finanzreform, das Alles sind bis jetzt nur schöne Ideen, und ihre Ausführung bedarf der vollsten Kraftanstrengung. Leider hat die Nationalversammlung die Reformfragen ebenso umgangen, wie der ungarische Reichstag. Sobald nur Jemand an eine dieser brennenden Fragen rührte, so machten sich solche Meinungsverschiedenheiten geltend, daß alle Welt froh war, wenn man ein Mittel gefunden hatte, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. „Beschäftigen wir uns mit den Gegenständen, die uns einig finden, nicht mit denjenigen, welche uns trennen.“ So oder ähnlich hatte einst Herr Thiers vor der Kammer gesprochen, und von diesem Grundsatz ausgehend that denn in der That die Versammlung klug, ihren Reformeifer zu zügeln. Jetzt aber, wo die Regierung, der parlamentarischen Pflichten ledig, ein wenig freie Hand hat, will sie an die Reorganisation der Verwaltung gehen. Wer je einen Blick in irgend eine Ecke der französischen Verwaltung gethan hat, der weiß, was das sagen will. Nirgends wird der Pöppel so in Ehren gehalten als hier; nirgends laufen Protektion und Routine so unverschämmt dem Verdienste den Rang ab. So war es unter dem Kaiserreiche, so war es, genau in demselben Grade, unter der September-Regierung, und so ist es heute. Aus den Verwaltungsstücken, die sich während der Belagerung in Paris abspielten, ließe sich ein unterhaltendes Buch machen. Wir sprechen von diesem lehrreichen Gegenstande in einem besondern Artikel.

Nur eine Nachricht hebt sich wie ein heller Punkt aus dem grau in Grau sich darstellenden Bilde der Lage in Europa ab, es ist folgendes Telegramm aus Madrid:

In einem Ministerrathe wurde beschlossen, die Gehalte der Staatsbeamten einer Reduzirung und zwar die über 12,500 Fr. betragenden Gehalte um 15 Prozent, die höheren um 20 Prozent zu reduzieren. Auf Wunsch des Königs wird auch die königl. Zivilliste eine Verringerung um 20 Prozent erfahren. Das klingt wirklich „spanisch“, wäre aber auch andern Staaten sehr zu empfehlen.

**Ungarischer Reichstag.**

Wien, 21. September.

Die Sektionen sind in vollster Thätigkeit begriffen! Es gilt die Berathung über das Anlehen-gesetz rasch zu erledigen. In öffentlicher Sitzung dürfte dasselbe schon nächsten Samstag zur Verhandlung gelangen. Die Sitzung, welche am Mittwoch zu dem einzigen Zwecke stattfand, damit der Finanzausschuß seinen Bericht über den Anlehen-gesetzentwurf einreichte, wurde von den Deputirten Frányi, Helfy und Benedek zur Einbringung von geharnischten Interpellationen benützt.

Zu Beginn der Sitzung meldete der Präsident den Tod des Abgeordneten Grafen Franz Szirmay und widmet den Fähigkeiten und Verdiensten des in frühem Mannesalter Verschiedenen einen warmen Nachruf. Das Haus drückt sein Beileid protokolllarisch aus und beschließt die Neuwahl im erledigten Bezirke anordnen zu lassen.

Handels-, Gewerbe- und Ackerbauminister Josef Szlavay überreicht die Modifikationen zum Gewerbe-gesetzentwurf, welche durch das Gemeinde-gesetz notwendig werden. — Die Vorlage wird in Druck gelegt und vertheilt werden.

Julius Györfly stellt dem Hause anheim, seinen Be-

Die Enkel des Giganten lehnen sich mittels der Technik auf gegen die eherner Nothwendigkeit und die Despotie der bestehenden Naturordnung. Die Natur war ehemals unsere Despotin, hilflos waren wir ausgehört ihren zerstörenden Launen, mit denen sie ihre Segnungen wieder verdarb. Allmähig haben wir dieser Despotin Jügel anzulegen vermocht. Wir nahmen dem Donner den Schreck, und machten den Blitz unschädlich. Nach echter Gigantenart stahlen wir Zeus seinen Wetterstrahl, und statt zu zerstören, muß der Blitz die rastlose Arbeit des Boten verrichten, der schneller als Merkur, der beflügelte Bote der Götter, die Erde von einem Pol zum andern durchläuft. Wir graben uns hinein in das Mark der Erde, und zwingen sie, uns ihre metallenen Schätze, ihre süßesten Früchte ungetheilt herauszugeben. Das Feuer, welches zerstörte, haben wir gezwungen die ungeheuersten Lastdienste für uns zu verrichten, und das Eisen, welches zu tödten bestimmt war, ist in unseren Tagelohn getreten, um in Gestalt von Maschinen anstatt Millionen von Menschenhänden unsere Bedürfnisse zu versorgen.

Was einst Fabel war, wird zur Wirklichkeit. Der Geist hat es ausgehoben, und die Vereinigung vieler geringer Menschenkräfte zu einem imposanten Ganzen hat es ausgeführt. Die Natur liegt bewältigt zu unseren Füßen, die unheimlichen Kiesen Raum und Zeit sind zusammengeschrunpft zu Zwergen, die Undurchdringlichkeit und Trägheit der Materie sind nur Reize für unsere Unternehmungslust. All die Erhabenheit der Zahl, der Größe, der Schwere und Kraft, der Ausdehnung und der Unendlichkeit ist besiegt zurückgewichen vor der Erhabenheit des unendlichen menschlichen Geistes.

Schlussantrag über die Entsendung eines 15er-Ausschusses zur Berathung des Gewerbegezetzwurfs entweder jetzt gleich oder für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Das Letztere wird beschloffen.

Daniel Frányi richtet an den Ministerpräsidenten folgende Interpellation: Nachdem das kroatische Amtsblatt in den jüngsten Tagen eine amtliche Kundmachung enthalten hat, welche den kroatischen Landtag auf den 15. Jänner vertagt; nachdem dieser Landtag bereits einmal einberufen und darauf vertagt worden war; nachdem diese Vorgänge auch für den ungarischen Reichstag von unmittelbarem Interesse sind, weil der kroatische Landtag zur Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten seine Vertreter in das ungarische Abgeordnetenhaus entsendet und nach dem Ausgleichsgesetze im Falle der Auflösung und auch der Vertagung des kroatischen Landtages die alten Vertreter ihre Sitze im ungarischen Reichstag behalten bis der kroatische Landtag neue Vertreter entsendet; nachdem durch die oben erwähnte neuerliche Vertagung der kroatische Landtag der Möglichkeit beraubt ist, neue Abgeordnete in den ungar. Reichstag zu wählen und demgemäß bei der Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten bis dahin solche Abgeordnete mitwirken werden, für die das Vertrauen ihres Landes nicht mehr einsteht; nachdem hiedurch das so wünschenswerthe Einvernehmen zwischen den Schwesternationen gestört wird, so frage ich den Herrn Ministerpräsidenten:

1. Ist die oben erwähnte Kundmachung im kroatischen Landtage authentisch? 2. Wenn ja, hat der Herr Ministerpräsident an dem Zustandekommen derselben einen Antheil? 3. Welche Beweggründe waren es, die ihn veranlassen, diese Entscheidung Sr. Majestät dem Könige anzurathen? Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident diese Fragen je eher beantwortet wird.

Julius Benedek richtet folgende Interpellation an den Minister des Innern:

Im §. 4 des G. N. 4: 1848 wird es der verantwortlichen ungarischen Regierung zur Pflicht gemacht, zur völligen Vollstreckung der Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen ungenügende die nöthigen Verfügungen zu treffen. Allein die Union Siebenbürgens mit Ungarn ist auch heute noch nicht vollständig vollzogen und sie wird es auch nicht sein, so lange Siebenbürgen nicht nach dem Muster der ungarischen Landestheile durch die verantwortliche Regierung mit Beseitigung aller ausnahmsweisen Regierungsorgane unmittelbar durch ordentliche Jurisdiktionsorgane administriert wird.

Zur Berichtigung der öffentlichen Meinung Siebenbürgens frage ich daher den sehr geehrten Herrn Minister des Innern: Ist er geneigt, nach der Durchführung der bevorstehenden Organisation der siebenbürgischen Jurisdiktionsorgane das k. Kommissariat in Siebenbürgen abzuschaffen und mit Ersparung der leicht zu vermeidenden Staatsausgabe von 55—60,000 fl. auch in Siebenbürgen das in den ungarischen Landestheilen bestehende System des unmittelbar durch die ordentlichen Jurisdiktionsorgane ausgeübten Regierens einzuführen?

Ignaz Helfy interpellirt den Minister des Innern und der Justiz in Angelegenheit der Arbeiterverhaftungen, die in der ersten Hälfte des Juni, so zu sagen eine Stunde nach der Vertagung des Reichstages, stattfanden. Es ist dies eine Angelegenheit, welche Alle interessieren muß, weil es sich um die Witter aller Freiheiten, um die persönliche Freiheit, handelt. Damit die öffentliche Meinung, welche die Verletzung der persönlichen Freiheit von Staatsbürgern nicht ruhig mit ansehen kann, beruhigt werde, bittet Redner um Aufklärung über die folgenden Fragen:

1. Haben die Herren Minister des Innern und der Justiz Kenntniß davon, daß in der ersten Hälfte des Juni 38 Individuen eingesperrt wurden, von denen ein Theil des Landes verwiesen ward, Andere freigelassen wurden und der Rest, 28 an der Zahl, noch in Haft sich befindet.

2. Wenn ja, wollen sie nicht angeben: a) aus welchem Grunde, wegen welchen Verbrechens und kraft welchen Gesetzes die betreffenden Individuen Landes verwiesen wurden? b) aus welchem Grunde, wegen welchen Verbrechens und kraft welchen Gesetzes die übrigen eingesperrt wurden? c) nach welchen Gerichtshofes Urtheile ein Theil der Eingesperrten freigelassen ward und wie dieselben für die während der Haft erlittenen materiellen Verluste entschädigt wurden? d) was mit den 28 noch immer in Haft Gehaltene geschehen soll?

Sämmtliche Interpellationen werden den betreffenden Ministern zugestellt.

Schriftführer Mihályi publizirt das Resultat der Samstags vorgenommenen Wahl eines Mitgliedes der achten Gerichtskommission. Es wurde Desider Fittler in dieselbe gewählt, der auch sofort den Eid ablegt.

Referent des Finanzausschusses, Koloman Széll, überreicht den Bericht über den Anlehnsgesetzwurf. Derselbe ist bereits gedruckt und wird sofort den Sektionen zugewiesen, die sämmtlich morgen Vormittags 10 Uhr Sitzungen halten.

Das Haus geht zur Tagesordnung über, auf welcher als einziger Gegenstand die Wahl dreier Mitglieder in die sechste Gerichtskommission steht. Das Wahlergebnis wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden.

In der Sitzung am Freitag richtete nach Erledigung der Formalien Moriz Jókai folgende Interpellation an den Finanzminister:

1. Hat der g. Herr Finanzminister Kenntniß von den gegenwärtig herrschenden Geldwirren in der hiesigen Geschäfts- und Industriewelt?

2. Hat er Kenntniß davon, daß die Hauptursache dieser Geldwirren die Kreditbeschränkung der Nationalbank und jener Verfügung des ung. Finanzministers ist, daß er die ihm zur Verfügung stehenden Gelder einer einzigen Kreditbank übergibt und diese die betreffenden Gelder zu Spekulationen benützt, indem sie sie anderen Geldinstituten gegen 9—10 Prozent überläßt?

3. Ist der Herr Minister geneigt, dem ersten Uebel abzuwehren, indem er die Nationalbankfrage nach mehr als zweijähriger Stagnation endlich in Fluß bringt, das andere Uebel aber, welches unmittelbar von seiner eigenen Verfügung abhängt, sofort und auf kürzestem Wege zu beseitigen?

Finanzminister Karl Kertápolnyi: Es ist so zu sagen unmöglich, von der momentan eingetretenen Verlegenheit des Geldmarktes keine Kenntniß zu haben. Ich habe allerdings Kenntniß davon, daß nicht bloß in Pest, sondern überhaupt in der ganzen Monarchie und so auch in Wien diese Wirren in demselben Maße wie bei uns herrschen. Auch das bezweifle ich nicht, daß die Thatfache und der Umstand, wonach die Wiener Nationalbank den Zinsfuß erhöhte und überhaupt vielleicht nicht rechtzeitig genug dafür sorgte, auch innerhalb der ihr gezogenen Grenzen, nämlich durch Umkehrung der fremden Wechsel in Metall, sich in die Lage zu versetzen, Banknoten in größerer Menge dem Geldmarkt zur Verfügung zu stellen, daß, sage ich, dieser Umstand, wenn er diese Situation auch nicht direkt hervorgerufen, doch zum Entstehen derselben mitgewirkt hat. Wir wissen nämlich, daß der Bank die Ausgabe von Noten auf Grund von Devisen nur ausnahmsweise gestattet und daß diese Erlaubniß zurückgezogen wurde; allein daran konnte sie unter den obigen Verhältnissen durch nichts gehindert werden, diese auf Metall lautenden fremden Wechsel in Metall umzusetzen und zum Bedeckungsfond hinzuzufügen. Uebrigens bin ich bereit, mich mit der Bankfrage eingehend zu beschäftigen, sowie das geehrte Haus bei Gelegenheit der Verhandlung des Berichtes der Bank-Enquete-Kommission sich diesbezüglich äußert und diese Äußerung mir als Direktive dient.

Was den zweiten Theil der Frage betrifft, ob ich nämlich geneigt sei, dem Uebel abzuwehren, welches daraus entspringt, daß ich die disponiblen Staatsgelder bloß einem Geldinstitute zuwende, so ist die Antwort darauf leicht. Die mir zur Verfügung stehenden Gelder sind überhaupt nicht bei einem Institute untergebracht; sie sind theils beim Bodenkreditinstitute, nämlich die Summe aus dem Eisenbahnanlehen und für die Gömörer Bahnprioritäten, theils aber bei der Kreditbank, nämlich die Summen, welche aus dem Prämienanlehen einfließen und sich durch die allenfals zeitweilig eintretenden ärarischen Kassenüberschüsse ergeben.

Ich bin bereit, auch in dieser Richtung weiter zu gehen und Gott sei Dank, ich bin zur Stunde auch im Stande, es zu thun. Ich will nämlich in den nächsten Tagen dem Pester Geldmarkt — natürlich unter Bedingungen, bei welchen der Staat auch seine Rednung findet — einige Millionen zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Moriz Jókai ist mit diesem letzteren Versprechen zufrieden, muß aber bemerken, daß nach der heutigen Erklärung der „Wiener Zeitung“ von der österreichischen Regierung bereits Schritte gehen wurden, der herrschenden Geldnoth abzuwehren. Die Beschuldigung, daß das Haus die Bankfrage verschleppe, weist er zurück.

In Ermangelung positiver Daten kann Redner übrigens den Gegenstand jetzt nicht meritorisch besprechen, er bittet deshalb, das Haus möge einen Tag zur Verhandlung desselben anberaumen.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministers mit großer Majorität zur Kenntniß.

Paul Szontagh (Gömör) interpellirt in einer ungeheuer langen Interpellation den Justizminister: warum in A. Maróth kein Gerichtsitz freit worden, und ob der Minister diesen Mangel gut zu machen gedenke?

Justizminister Stef. Wittó beantwortet die Interpellation sofort. Auf die erste Frage erwidert er, daß seiner Ansicht nach einzelne Anfragen über die Kreierung von Gerichtssitzen nicht vor den Reichstag gehören, nachdem dieser das Ministerium mit der Bestimmung derselben betraut. Die zweite Frage beantwortet er dahin, daß sich vorberhand nicht die Nothwendigkeit ergebe, die bereits fixirten Gerichtssitze zu ändern, so daß vor zwei Jahren, d. h. vor der definitiven Feststellung an keine Aenderung zu denken sei.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministers zur Kenntniß.

Zur Verhandlung gelangt hierauf Julius Györffy's Antrag zur Entsendung einer 15er-Kommission zur Ausarbeitung des Gewerbegezetzwurfs. Der Antragsteller führt in der Motivirung an, daß die Sektionen gar im Laufe dieser Session nicht fertig werden könnten, wenn sie das vom Minister eingebrachte Elaborat zur Grundlage ihrer Arbeit nehmen würden.

Handelsminister Szilágyi erklärt sich mit dem Antrage Györffy's einverstanden unter der Bedingung, daß die 15er-Kommission während der Ferien arbeiten und ihr Elaborat direkt dem Hause vorlegen.

Der Antrag Györffy's wird hierauf angenommen und die Wahl der 15er-Kommission auf Montag anberaunt.

Nachdem die Berichte der Zentralsektion über den Anlehnsgesetzwurf und dem Nachtragskredit des Justizministers verlesen und vertheilt worden, schließt die um 12 Uhr eröffnete Sitzung um 1 Uhr.

Revue der ungarischen Tagespresse.

— 20. September.

Mit der abermaligen Vertagung des kroatischen Landtages ist „Pesti Napló“ nicht einverstanden. Zunächst werde diese Maßregel in den Kroaten den Glauben erwecken, die ungarische Regierung habe unüberwindliche Furcht vor der kroatischen Opposition, sie wage nicht ernst aufzutreten und möchte deshalb Zeit gewinnen. Andererseits könne die Vertagung auch dazu beitragen, das Urtheil über die Bedeutung der kroatischen Opposition zu trüben und die Bewegung überhaupt als eine bedeutendere erscheinen zu lassen, wie sie eigentlich ist. Vor Allem müsse der kroatischen Majorität die Möglichkeit geboten werden, ihre Forderungen vorzubringen; find diese solcher Art, daß sie eine Diskussion nicht unmöglich erscheinen lassen, so ist dann an dem ungarischen Parlamente die Reihe, sich zu erklären. Wenn aber die Haltung der kroatischen Opposition eine solche wäre, daß die Diskussion überhaupt unmöglich, dann müsse die Regierung von dem konstitutionellen Rechte Gebrauch machen und den Landtag auflösen. — „Eklektör“ und „Hon“ veröffentlichen den dritten Artikel in der Bankfrage, worin der Verfasser jedoch nur die Ansicht auspricht und mit den schon gestern vorgebrachten und von uns reproduzirten Gründen motivirt, daß eine sofortige Einlösung der Noten der Nationalbank zu deren faktischem Werthe, geradezu unmöglich sei.

— 21. September.

„Hon“ und „Eklektör“ veröffentlichen den vierten und letzten Artikel in der Bankfrage. Der Verfasser empfiehlt unter Berufung auf das Beispiel der preussischen Regierung vom 3. 1856 den folgenden Weg zur Herstellung der Valuta: Die Einlösung der anstatt der Salmenscheine im Verkehr befindlichen Staatscheine wäre natürlich ausschließlich Sache der im Reichsrathe vertretenen Länder. Von den übrigen Staatscheinen im Betrage von 312 Mill. könnten eine zeitlang, neben den schon erwähnten Bedingungen und nachdem sie mit neuen Staatscheinen ungetauscht wären, etwa 150 Millionen im Verkehr bleiben; es wären also nur 162 Mill. einzulösen, hievon entfielen nach dem Quotenverhältnisse etwa 48 Mill. auf Ungarn und 114 Mill. auf Oesterreich. Zum Zwecke der Tilgung dieser Summe einerseits und andererseits um dem Lande die Vortheile einer heimischen Bank sofort bieten zu können, müßten sogleich zwei mit bedeutendem Metallfonde ausgerüstete, nach gleichen Prinzipien wirkende Banken in Wien und Pest errichtet werden, die Erstere, wenn's so beliebt, von den Aktionären der österreichischen Nationalbank.

Die Grundbedingungen dieser Banken wären: — a) Beide würden mit einem Privilegium für 24 Jahre ausgestattet, jedoch unter der Bedingung, daß sie in allen Theilen des Landes (die ungarische mit besonderer Rücksicht auf Kroatien und Slavonien) zahlreiche Filialen errichteten; — b) bis zur vollständigen Herstellung der Valuta würden ihre Noten mit dem Zwangskurse ausgestattet; — c) ihre auszugebenden Scheine müßten, mit den später erwähnten Ausnahmen, mindestens bis zum dritten Theil durch Metall gedeckt sein; — d) während der Dauer des Zwangskurses müßten sie die Staatsnoten unbedingt, später jedoch nur so lange annehmen, als dieselbe bei den Staatskassen gegen Gold oder Silber ungetauscht werden; — e) zum Zwecke der Erhaltung und der größeren Sicherstellung des eigenen Metallfondes wird den Banken die Estompierung fremder, auf Metall lautender Wechsel, ja sogar die Einführung eines Depositengeschäftes gestattet, das aber durchaus mit Metallgeld geführt werden müßte.

Von diesen Banken erhielt die ungarische von der Regierung jährlich 2 Mill. in Bargeld und 6 Jahr hindurch je 6 Mill. in Staatsobligationen zu 5%, welche sie nöthigenfalls auch verkaufen könnte, bis zu welcher Höhe sie auch Noten emittiren kann, wofür sie verpflichtet ist, die Zinsen dieser Obligationen bis 2 1/2% zu tragen, wogegen die Bank dann dem Staate jährlich Staatscheine im Betrage von 8 Millionen zu übergeben verpflichtet wäre. Dieses Vorgehen, durch 6 Jahre befolgt, würde die auf Ungarn entfallenden 48 Millionen Staatsnoten durch Banknoten ersetzen und somit dem Verkehr entziehen; weiters wären von der Staatsschuld 12 Mill. getilgt, so daß nur noch 36 Mill. mit einer jährl. Zinssumme von 900,000 fl. den Staat belasteten. Diese Tilgung, alljährlich mit 2 Mill. fortgesetzt, würde die Gesamtschuld des Staates in 18 Jahren aufheben, während die Zinssumme sich jährlich um 50,000 fl. vermindern würde.

Zur Ausführung dieses Planes aber, schließt der Verfasser, ist es vor Allem nöthig, daß die erwähnten zwei Millionen pünktlich und ohne Steuervermehrung abgezahlt werden, da sonst das Vertrauen in das Gebahren nicht recht Fuß fassen könnte. Auf ähnliche Weise könnte die Frage auch in Oesterreich gelöst werden, wenn auch mit entsprechenden Modifikationen. Im Interesse der friedlichen Lösung der Frage, aber

auch nur deshalb, könnte Ungarn sich zu gewissen Opfern, z. B. zur Uebernahme von 18.400.000 fl. aus der vielersährten 80-Millionenschuld, verstehen. Mehr als das zu thun wäre mit dem Interesse Ungarns durchaus unvereinbar.

Kunst und Literatur.

Deutsches Aktientheater. Seit Langem waren die Räume dieses Theaters nicht so gut besetzt, wie am vergangenen Dienstag; Herr Alsdorf hatte sein Benefiz und Herr Direktor Hirsch trat seit dem Tode seiner unvergesslichen Gattin zum ersten Male wieder auf. Er wurde enthusiastisch empfangen. Minutenlang, stürmischer Beifall erfüllte das Haus; von allen Seiten regnete es Blumen und Kränze. Herr Hirsch trat in einigen seiner Glanzrollen auf und führte dieselben, trotz einer starken Indisposition, ausgezeichnet durch.

Tags darauf wurde „Frou Frou“ mit Fr. Fekner in der Titelrolle aufgeführt; im selben Stücke trat auch Fr. Sigur auf. In den letzten Tagen traten überhaupt so viele Gäste auf, um wieder zu verschwinden, daß man sich unmöglich ein Urtheil über die Fähigkeiten derselben bilden kann. Nach einer einzigen Rolle kann man einen Schauspieler nur selten richtig beurtheilen; man muß ihn in mehreren, von einander wenigstens um etwas divergirenden Rollen gesehen haben, um ihn vollständig zu kennen. Das sollte die Direktion vor Augen haben, wenigstens bezüglich derjenigen Gäste, welche engagirt werden sollen.

Um auf die letztgenannte Vorstellung zurückzukommen, muß offen gestanden werden, daß wir hier bereits wiederholt Gelegenheit hatten die Titelrolle ungleich besser und wirkungsvoller dargestellt zu sehen; die Damen: Kronau und Raabe dürften überhaupt in dieser Rolle schwer zu übertreffen sein. Doch muß anerkannt werden, daß Fr. Fekner mit Verständnis und Routine spielt; freilich ist das Organ nicht sehr voll und modulirungsfähig, die Aussprache der Umlaute nicht ganz untadelhaft. Das Publikum nahm die Leistung des Gastes, namentlich in den letzten Akten sehr freundlich auf und rief ihn wiederholt. Fr. Sigur ist eine verwendbare Schauspielerin, welche sich auf der Bühne leicht bewegt, gut Toilette zu machen versteht, jedoch an einer unglücklich harten Accentuirung des Deutschen laborirt.

Der Volkswirth.

Pester Geld- und Produktenmarkt.

Pest, 23. September.

Die israelitischen Feiertage, die alle Jahre auch der Börse eine kleine Erholung von stürmischen Bewegungen gönnen, waren diesmal überaus passiv in ihrem Einflusse auf die Börse. Daß der noch immer herrschenden Geldknappheit, war der Verkehr in Effekten ohnehin sehr ruhig und nicht nur die Börsianer schütteln bedenklich die Köpfe über einen Zustand, der für Pest eine wahre „Zwangslage“ genannt werden muß. Um den Ausfall zu decken, der durch die massenhafte Kündigung von Kassen scheinen sich ergeben, haben zwar fast alle größeren und kleineren Institute ihren Zinsfuß für Einlagen hinausgeschraubt; doch scheint das disponible Baargeld für diese Anlockung jetzt durchaus nicht empfänglich. Das Schlimme hierbei ist, daß dieses chronische Leiden je länger es andauert, desto schwierigere Heilung erfährt und wie ein eingewurzelttes derartiges Leiden im menschlichen Organismus nur durch eine Radikalkur gehoben werden kann. Man scheint nun wieder auf die richtige Fährte dieser Kur gelangt zu sein, da die Bankefrage im Fluß geräth; zu bedauern ist, daß die Handelskreise sich wieder ganz passiv verhalten und höchstens geneigt sind, sich von der oppositionellen Journalistik in's Schlepptau nehmen zu lassen. Ueberdies scheint die in den jüngsten Bankartikeln des „Son“ und „Ellenör“ gemachte Andeutung auf Anerkennung der Gemeinamkeit der 80-Millionenschuld eine höchst bedeutende Konzeßion für das privilegierte Wien zu involviren und dünkt uns der Verfasser jener Artikel weit genug gegangen zu sein, um die Frage für die Wiener Clique mürber gemacht zu haben. Was wohl die Regierungsblätter zu dieser Auffassung sagen werden? Thatsächlich hätten wir dann unsere finanzielle Selbstständigkeit erst nachträglich erkaufte, und wenn man bedenkt, daß wir außerdem mit Anlehen nicht verschont bleiben, wird man die Befastung unseres Staatshaushaltes erklecklich hoch, fast unerträglich finden, besonders wenn die Regierung nicht daran geht, die enormen für Eisenbahnbauten verwendeten Summen durch raschen Ausbau der Linien einzubringen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß England in den vierziger Jahren, als es sich plötzlich mit ungeheuren Fonds dem Baue von Eisenbahnen zuwandte, eine Krise zu bestehen hatte, die bei uns um so akuter werden kann, als wir in Straßen und Bivalwegen das verabäumen, was in anderen Ländern den Verkehr im Allgemeinen und die schnellere Ausnützung der eröffneten Eisenbahnlilien beförderte, die fest gerannten Summen, die Zinsgarantie der Regierung können für die Geldzirkulation einerseits und die Steuerkraft andererseits viel zu drückend werden, — falls der Aufschwung unserer Industrie und, was noch leichter möglich, die Permanenz unseres Exportes nicht gesichert erscheinen. Zur Hebung

des Letzteren halten wir die Regelung des Tarif- und Lieferzeitwehens für unerlässlich dringend und wäre es ebenso wünschenswerth, wenn unsere betreffenden Kreise sich eingehender mit den Ursachen der Abnahme eines Exportzweiges und dessen Wiederbelebung beschäftigen würden. So z. B. hat der Artikel Schweinefett schon seit lange Zeit den Exportausfall zu fühlen, und da derselbe nicht nur für England und Frankreich, sondern auch für das uns nähere Deutschland stark gebraucht wurde, scheint uns die fast totale Lahmlegung durch Amerika wohl eines ernstern Studiums werth. Was den Getreidemarkt anlangt, hat sich die Nachricht von dem Bedürfnisse von 13 Millionen Quartern für England allein wiederholt, doch scheint der Ruf uns nicht viel anzugehen, wenn gleich von den Stationen der Staats- und Theißbahn hier und da Wagenladungen nach Deutschland gehen. Dagegen scheinen neuesten Berichten zufolge viele ausländische Nachfragen an die Walachei zu gelangen, die eine gute Getreide- und Kerpente aufweisen soll und will man den Umstand, daß in letzter Zeit ungeheure Quantitäten Gold über Wien nach Bafasch dirigirt werden, mit großen Einkäufen in der Walachei in Verbindung bringen. Was die Bewegungen des Effektenmarktes in der vergangenen Woche anlangt, waren dieselben recht beschränkt.

Eisenbahn- und Prämienanlehen erzielten eine Avance von fl. 1/2, welche sich besonders zu Ende der Woche befestigte. Asskuranzien behaupteten insgesamt ihre vorwöchentlichen Notirungen. Von Bahnen gewannen Fünfkirchen-Barcser fl. 6, ebenso erholten sich Pester Straßenbahn, da selbe wieder gesucht wurden, um fl. 5 und schließen heute fl. 298. Die Banken blieben bis Ende der Woche fast ganz unverändert, doch avancirten dann fast alle um fl. 2-3, als Wien wieder eine Hauffe signalisirte. Sparkassen sehr wenig Verkehr, Kurse mit geringen Unterschieden wie in der Vorwoche, nur Pester gingen wieder auf ihren früheren Standpunkt fl. 3400 zurück. In Mühlen wird noch immer sehr wenig gemacht, und haben dieselben abermals Rückgänge aufzuweisen, so Konkordia, Union und auch die besser gehaltenen Ofen-Pester und Walzmühle, welche letztere aber immerhin gegen die andern einen überaus günstigen Kurs einnehmen. Devisen sind seit der vorigen Woche wieder um 3/4% gestiegen. Näheres besagt die Tabelle.

Im Getreidegeschäft hat die feste Stimmung durch auswärtige besonders englische Berichte noch mehr Nahrung erhalten; zwar blieb auch darin die Geldlage nicht ohne Einwirkung, doch haben sich die vorgekommenen kleinen Rückgänge durch den Mangel an Ausgebot wieder rasch erholt. Die Klagen über den Mangel an Zufuhren mehrten sich übrigens täglich, doch vergißt man daran, daß schon seit wenigen Jahren viele Umstände zusammenwirkten, um die früher den Borealien zugewendeten Fonds nach einer andern Richtung zu lenken. Die vielen Aktien-Gründungen haben einerseits Lücken in den Reichen der ehemaligen Getreidehändler gemacht, andererseits hat die ungemaine Vertheuerung der Zufuhr und Arbeiter durch schlechtes Pflaster, dann der Magazinage zc., die unzählige Male durch's Jahr vorkommenden Einschränkungen der lagerfreien Zeit bei den Bahnen, den Handel damit erschwert und bleibt freilich dann, da diese Uebelstände noch nicht ganz gehoben sind die Einmagazinirung hier sehr spärlich. Außerdem haben die Mühlen ihren Bedarf sehr reduziert und wir haben schon seit Wochen einen äußerst beschränkten Verkehr.

Die heutigen Notirungen sind: Weizen banater 82/84pfd. fl. 5.90-6.35, 85/87pfd. fl. 6.40-6.70, Theiß 83/87pfd. fl. 6.10-6.75, per Zollzentner. Roggen 78/79pfd. per 80 Pfund fl. 3.50-3.55, Gerste, Malz 68/70pfd. per 72 Pfd. fl. 2.50-2.85, Futter 66/68pfd. per 72 Pfund fl. 2.40-2.50, Hafer, 45/48pfd. per 50 Pfund fl. 1.75-1.80, Mais 80/82pfd. fl. 4.5-4.25 je nach Qualität per Zollzentner. Keps ruhiger, banater Kohl fl. 7.55-7.70 per 75 Pfund.

Von andern Produkten verharret Kübel geschäftslos zu unveränderten Preisen.

In Schweinefett haben die Preise am Ende der Woche angezogen und notirt heute Stadtfett fl. 33 3/4 prompt. Speck gleichfalls fest, ungarischer luftgetrockneter fl. 32. Unschlitt matter, Kern fl. 29 1/2.

In Spiritus haben sich die Preise zwar gebessert, doch nur in Folge der höher gegangenen Rohprodukte und wird noch immer über den Mangel an Export geklagt. Alte Methode Preßhese ohne Faß notirt heute fl. 60, neue prompt fl. 56.

Im Wollgeschäfte herrscht seit dem jüngsten Markt noch der ungeschwächte Begehr fort; nur haben die Preise im Verhältnisse zur Parisse der Baluta einen Rückgang von fl. 2-3 zu Gunsten der Käufer erfahren.

Häute und Felle: In rohem Leder ist eine gedrückte Stimmung in Folge der anhaltenden trockenen Witterung wahrzunehmen.

In Schaffellen beginnt der Stuch erst jetzt, die Meinung hiefür ist günstig; schwere banater mit Böde, wovon schon einiges anlangt, wurden zu fl. 170 verkauft; serbische Kaffaßen einige Tausend je nach Qualität a fl. 65-80 genommen. Geisfelle wurden einige hundert Stück banater leichte zu fl. 135 abgesetzt; für serbische im Gewicht von 300 Wiener Pfund wurden auf Schluß

fl. 170-175 angelegt. Lammfelle finden zu unveränderten Preisen raschen Absatz, und Kitzfelle werden zu besonders hohen Preisen sofort nach Anlangen an Mann gebracht, so erzielten 13,000 serbisch-türkische fl. 150 und 5000 mindere fl. 134.

In Knoppeln, welche im Lande eine gute Ernte erzielten, wurde neue ungarische Ware von fl. 12-14, für Export per 120 Wiener Pfund verkauft; für prima serbische wird der Preis von fl. 12 als erreichbar angenommen.

In Honig ist die Stimmung in Folge des stärkeren Ausgebotes ermattet und wird geläuteter von fl. 22-23 1/2, roher fl. 21 notirt.

In Pflaumen ist das Erntergebniß sowohl in Bosnien als auch in Serbien und Ungarn quantitativ und qualitativ sehr günstig. In diesen Artikeln steht ein Export allem Anscheine nach in Aussicht. Heutige Preise sind: für bosnische Faßware per November fl. 11 3/4, Oktober-November wollen Importeure wegen des niedern Wasserstandes der Save nichts abgeben.

Lechwar kostet prompt fl. 10-10 1/2, auf Schluß Oktober-November fl. 9 3/4-10.

Wiener Börse.

(L.) Wien, 23. September. (Orig.-Korr.)

Seit unserm letzten Berichte übte die innere Politik weit mehr als wir es sonst gewohnt waren, ihren Einfluß auf den Gang der Geschäfte, je nachdem die Gerüchte der Börse günstig oder ungünstig erschienen. Es waren in der That auch nur Gerüchte, an die man sich halten konnte, denn von Authentizität kann bei uns zu Lande nur dann die Rede sein, wenn das gewünschte oder gefürchtete Ereigniß wirklich eingetreten ist. Je nachdem er nun hieß, daß Graf Hohenwart oder Graf Beust zurücktreten würde, hob oder senkte die Spekulation das Haupt, und letzteres geschah, trotzdem diese Woche die Geldverhältnisse sich wirklich sichtlich gebessert haben. Einerseits stellte die Nordbahndirektion einige Millionen, über die sie gegenwärtig zu verfügen haben soll, der Börse zur Disposition; dann fuhr die Nationalbank fort Devisen gegen Napoleonsd'or umzutauschen und sich dadurch einen ausgebeßerten Notenumlauf zu verschaffen; die Bankinstitute halten mit ihren Kündigungen ein und endlich sollen auch auswärtige Märkte Geld angeboten haben. Das waren genug Ursachen, um die Prolongationen zu erleichtern und deren Gebühren auf ein sehr geringes Maß zurückzuführen. Genug, die Börse gerieth hierauf in eine sehr freundliche Stimmung, die noch dadurch gehoben wurde, als man vernahm, daß Ungarn unsere Verhältnisse nicht mit gleichgültigen Blicken ansehe und es in seinem eigenen wie in unserem Interesse nicht zu der gefürchteten Reaktion werde kommen lassen, die nur zu sehr von unseren slavischen Staatsgenossen angestrebt wird. Einen günstigen Eindruck machte endlich die amtliche Kundmachung von der Eskompirung der Rentenkoupons von Seite der Staatskasse. Alle diese Vorgänge würden wie in früheren Zeiten geeignet gewesen sein, die Spekulation zu erhitzen und einen sehr regsamem Verkehr zu erzeugen, wenn nicht die keineswegs befriedigenden Berichte über die Lage der auswärtigen Geldmärkte und zumal die Mittheilungen über die ungünstigen Verhältnisse in Paris und London hindernd dagegen aufgetreten wären. Wenn nun auch von erheblichen Umsätzen nicht die Rede sein kann, so ist doch als eine beachtenswerthe Thatsache zu konstatiren, daß sämtliche Anlagepapiere sehr beliebt waren und namentlich Prioritätsobligationen, die beiden Renten und ungarisches Eisenbahnanlehen verschiedene Käufe zu erhöhten Kursen hervorriefen. Unter den Bankpapieren erregte besonders die Aktie der Anglobank gesteigerte Aufmerksamkeit. Sie hat die theils der Mittheilung zu verdanken, daß die Regelung der Langrand'schen Affaire sich günstig für dieselbe gestalte, theils den erheblichen Anschaffungen derselben von Seite unserer bedeutendsten Bankhäuser. Ihr Kurs, welcher bereits bis 252 zurückgegangen war, ist heute mit 258 notirt. Eine geringere Besserung weisen die Werthe der Kreditanstalt, der Union-, Wechsel-, Franko- und Vereinsbank, der ungarischen Bodenkreditanstalt und der ungarischen Kreditbank aus, aber allen diesen Instituten kam doch die bessere Stimmung zu Gute, und ebenso avancirten auch die Bahnanleihen einigermaßen bei allerdings nur schwachem Umsatze. — Auch heute hielt sich die Börse recht gut. Die Nachricht, daß die englische Bank den Zinsfuß von 2 auf 3% erhöht hat, wirkte nur vorübergehend zum Nachtheile unserer Werthe, die aber bald wieder ihre Festigkeit erlangten. Ganz besonders war wieder Angloaktie sehr beachtet auf die Kunde von einem recht günstigen Ergebnisse der Semestralbilanz. Nächst ihr stiegen auch Lombarden, welche schließlich bis 190 bezahlt wurden.

Stand der Gewerbe in Pest.

(b.) In der abgelaufenen Woche hat sich in den meisten Gewerbebranchen eine erfreuliche Besserung des Geschäftsganges gezeigt, obgleich eine kräftigere Entwicklung der Gewerbetätigkeit noch sehr wünschenswerth wäre, da die Nachfrage im Allgemeinen bisher noch immer weit geringer ist, als dies im vorigen Jahre zu Beginn der Herbstsaison der Fall war. In Folge der kalten Witterung sind bereits zahlreiche Parteien von



# Annoucen.

## In der ersten Wäschwaaren-Fabrik's-Niederlage

(89-2-4) der  
**JOSEF KOLLARITS & SÖHNE**  
in PEST, Waitznergasse  
„zum YPSILANTI“

sind in größter Auswahl und zu den billigsten Preisen alle Sorten  
**Wäsche für Herren, Damen und Kinder.**

- Herren-Hemden von Rumburger, Holländer oder Irländer Leinwand à 2.50, 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 5.50, 6, 6.50, 7, 8, 10 bis 12 fl.
- Herren-Hemden für Bälle à 3, 3.50, 4, 4.50 bis 5 fl., gestickte à 6, 7, 8, 10, 12, 14 bis 20 fl.
- Herren-Hemden, gefärbte à 1.50, 2, 2.50 bis 3 fl.
- Herren-Hemden von weißem Madapolan à 1.50, 2, 2.50, 3, 3.50 bis 4 fl.
- Herren-Unterhosen von Leinwand, ungarischer, halbungarischer oder französischer Form à 1.75, 2, 2.25, 2.50, 3 fl. bis 3.50.
- Herrenkrägen, Manchetten, Halsbinden, Fussesocken und alle Sorten Leinwand und Battist-Sacktüchern.
- Damen-Hemden von Leinwand, glatte à fl. 2.25, 2.50, 3, 3.50, 4 bis 5 fl., geschlungene à fl. 3, 3.50, 4, 4.50, 5 fl., gestickte à fl. 6, 7, 8, 10, 12 bis 14 fl., nach den neuesten französischen Formen à fl. 4, 4.50, 5, 6, 7, 8, 9, 10 bis 12 fl.
- Damen-Nachtcorsets à fl. 1.85, 2, 2.25, 2.50, 2.75, 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 6 bis 12 fl.
- Damen-Mieder, französische à fl. 1.50, 2, 2.50, 3, 3.50, 4 fl. bis 4.50.
- Damen-Unterröcke und Beinkleider von Percail, Chiffon, Schnürl- und Piquébarchent, Nacht- und Negligé-Häubchen, Strümpfe von Zwirn, Baumwolle und Schafwolle und alle Sorten Leinwand- und Battisttüchern.
- Knaben-Hemden von Leinwand, Madapolan und gefärbte zu den billigsten Preisen, so auch Unterhosen und Socken.
- Mädchen-Hemden glatt und geschlungen, Korsetten, Beinkleider und Strümpfe.
- In grösster Auswahl Schafwolle-Unterleibern und Hosen für Herren und Damen, so auch alle Sorten Winterwaaren, neueste Flanel-Herren-Hemden und Schawls.
- Kerner empfehlen unser großes Lager von Rumburger, Holländer und Irländer Leinwänden das Stück zu fl. 25, 27, 28, 30, 32, 35, 38, 40, 50, 60 bis 120 fl.
- Creas-Leinwand à fl. 12, 12.50, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20 bis 25 fl.
- Handtücher das Dutzend à fl. 5.80, 6.90, 7.50, 9.50, 10, 12 bis 20 fl.
- Servietten das Dutzend à fl. 5, 5.50, 6 bis 12 fl.
- Gefärbte Canefas auf Bettwäsche à fl. 9, 10, 11, 12, 13 bis 16 fl.
- Tischtücher und Garnituren von Zwisch und Damast für 6, 12, 18 und 24 Personen.
- Vorhänge in großer Auswahl das Paar à fl. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14 bis 15 fl.
- Bett- und Tischdecken, Kaffeetücher und Dessert-Servietten.
- Braut-Ausstattungen von 200 fl. bis 2000 fl. in fertiger Wäsche und Leinewaren sind in größter Auswahl vorrätzig. Ausführliche Preiscourants senden auf Verlangen franco.

**Briefliche Aufträge** werden noch am selben Tage, an dem wir sie erhalten, effectuirt, und rechnen **keine Verpackungs-Spesen.**

480 **In Peter Müller's** 105 (1-3)

## HANDELS-SCHULE

(vormals Anton Hampel), 3 Kronengasse Nr. 16, beginnt der neue Lehrkurs am 2. Oktober; die Einschreibungen jedoch schon vom 20. September angefangen statt.

## Für Eisengießereien und Maschinenfabriken. Patent-Verkauf.

Ein für Oesterreich und Ungarn gelöstes Patent, eiserne Rohre und Behälter mit einem festen Ueberzug zu versehen, der das Eisen vollständig vor Rost und anderen Einflüssen schützt, wird zu verkaufen gesucht.  
Nähere Auskunft darüber erteilt.

**Hugo Lamprecht** in Dresden (Sachsen).

Grösste Auswahl!

## Herren-Kleider

in  
grösster Auswahl,  
allerneuester Façon,  
vorzüglichster Qualität,

zu allerbilligsten Preisen

26 (22-0)

nur bei

**ADOLF WELISCH,**  
Pest, Christophplatz 2, 1. Stock, zum großen Christoph.

Billigste Preise!

479

**Pester**

104 (1-1)

## Handels-Akademie.

Die Einschreibungen für das Schuljahr 1871/72 beginnen am 26. d. Monates, und dauern bis 3. Oktober.

Den 4. Oktober l. J. nehmen die Vorträge ihren Anfang.

Das Programm befindet sich unter der Presse.

Pest, den 18. September 1871.

Die Direktion.

## Habt Acht Katholiken!

Zu haben eine 343 Seiten starke schwarze Broschüre. Das Höchste und Beste, die neuesten Geheimnisse, die Sündenregister der Päpste für Jedermann, für jeden Katholiken der nicht dumm bleiben will.

Was ist der Papst; des Papstes Anfang; des Papstes Wachstum; Constantin wird Christ.	Zht. od. Bl.
99 (6-4) nur 1-2 Fl. Zht. od. Bl.	
Der Superintendent wird Patriarch	1 " 2
6 Der Patriarch in Rom wird allgemeiner Bischof.	1 " 2
7 Der Patriarch in Rom erlebt ein großes Aergerniß.	1 " 2
8 Der Patriarch in Rom wird Papst.	1 " 2
9 Der Papst wird Landesherr.	1 " 2
10 Der Papst hebt sich d. Märchen. Das Märchen von Petrus.	1 " 2
13 Das Märchen von der ununterbrochenen Reichfolge der Päpste.	1 " 2
15 Der Papst hilft sich durch Mönche und Nonnen.	1 " 2
17 Der Papst nimmt falsche Urkunden zu Hilfe.	1 " 2
18 Der Papst hilft sich durch's Bibelverbot.	1 " 2
19 Der Papst hilft sich durch mündliche Ueberlieferungen.	1 " 2
20 Dem Papste hilft die Menschenverwilderung.	1 " 2
21 Der Papst hilft sich durch's Cölibat.	1 " 2
24 Der Papst war ein Irrelehrer.	1 " 2
25 Falsch lehrte der Papst von der Anbetung.	1 " 2
27 Falsch lehrte der Papst von der äußerlichen Gottesverehrung.	1 " 2
28 Falsch lehrte der Papst von den Milteln des Heils.	1 " 2
31 Falsch lehrte der Papst von dem heiligen Abendmahle.	1 " 2
32 Falsch lehrte der Papst von dem ewigen Leben.	1 " 2
33 Falsch lehrte der Papst von der christlichen Kirche.	1 " 2
34 Der Papst war als Irrelehrer zugleich auch Tyrann.	1 " 2
36 Der Papst als christlicher Sittenlehrer ein Sittenverderber.	1 " 2
37-41 Der Papst verdarb die Sitten durch seine Heilmittel, Zwangsmittel, durch das Cölibat und durch selbstgeigene Sittenlosigkeit.	1 " 2
49 Vierzigjähriger Zanf um den Papststuhl.	1 " 2
50 Die Päpste nach der Kirchenversammlung zu Konstanz bis 1517.	1 " 2
53 Der Papst war Rebell.	1 " 2
54 Der Papst war Volksaufwiegler.	1 " 2
55 Der Papst war Volksausfänger.	1 " 2
56 Wie der Papst sich Geld verschafft.	1 " 2
57 Der Papst war ein erbärmlicher Landesregent.	1 " 2
59 Der Papst war voll unsinnigen Hochmuths.	1 " 2
62 Der Papst gab sündlich prahlende Ehrentitel.	1 " 2
65 } Es werden Stimmen laut in Deutschland u. Italien, Böhmen, 67 } England, Frankreich, Schweiz und Stimmen von Fürsten.	1 " 2
68 } Jesuiten und Fürstenmörder, eine 69 } Enthüllung der größten Verbrechen. 74 } Der Jesuiten Lehren und Grund- 75 } sätze. Die Thaten der Jesuiten.	1 " 2
81 Jesuitische Ermordungen.	1 " 2
82 Die Sitten der Jesuiten.	1 " 2
83 Aufhebung der Jesuiten.	1 " 2
84 Wiederherstellung der Jesuiten.	1 " 2
85 Der Papst noch immer der Aufgeblasene.	1 " 2
86 Fortgesetzte Verführung und Unaufrichtigkeit.	1 " 2
87 Neue Profelytenjagd.	1 " 2
88 Des Papstes Lehre in neuer Zeit.	1 " 2
90 Seligsprechen, Teufelsbeschwören, Ablassung.	1 " 2
91 Der Papst ist noch immer Bibelkünd.	1 " 2
92 Der Papst befördert noch immer die Unsitlichkeit.	1 " 2
93 Der Papst bleibt elender Landesfürst.	1 " 2
94 Der Papst muß sinken durch seine Dummheit.	1 " 2
95 Der Papst sinkt wirklich vom Throne in's schmachvolle Grab.	1 "
98 Der Papst mag sinken. Erhebende Aussicht.	1 " 2
99 Sündenregister der Päpste.	1 " 2
100 Sechs Fragen an die deutsche Nation zur entschiedenen Loslage vom römischen Papste.	1 " 2

Zu haben im Verlage bei  
**W. E. Richter,**  
Langestraße Nr. 5 in Leipzig.  
Alles mitammen nur 10 fl.

## Technisches Bureau

für Eisenbahn-Vorarbeiten, Drainage, Wiesenbau: Verriegelung und Entwässerung, Anlage von Wasserleitungen, Trocken- und Tieferlegung von Landseen und Teichen.

Breslau, Klosterstrasse 35.

102 (3-3)

**Walter & Exner.**

Im Verlage von **Gustav Hefenast** in Pest (Universitäts-gasse Nr. 4) ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

## Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes

in den Jahren 1848-1849.

Von

**ANDREAS VARGYAS.**

(Groß 8, 512 Seiten mit 109 Bildern.) In Umschlag geheftet 4 fl.

**Das Neueste!**

Im Verlage von Gustav Heckenast in Pest (Universitätsgasse Nr. 4)  
sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Aus den Fesseln Rom's!**

Von

**Julius Pederzani.**

Preis geb. 30 fr. öst. W.

**Die Arbeiter-Frage.**

Ein Friedensvorschlag,

dargelegt mit Rücksicht auf die Tendenzen der Kommunisten und Sozialisten, sowie die Ideen von Lassalle und Schulze-Delitzsch, Ketteler und Schäffle, Mill und Mohl

von **A. B.**

Preis geheftet 40 fr. österr. Währung.

**Rede**

gehalten zu Villach in der Versammlung des liberalen Volksvereines

von

**Julius Pederzani.**

(14. Juni 1871.)

Preis geheftet 20 fr. öst. Währ.

**Das gefälschte Christenthum  
und die Welt.**

Von **ALOIS ANTON**, Weltpriester.

Die Hierarchie kann nicht ausfindig machen, warum das Volk die Religion zu herabgesetzten Preisen haben will! — Mit einem Worte, Alle sind blind

und da reden sie noch von Legitimität, altherkömmlichen Rechten und Deuteronomie!

Preis geheftet 1 fl. 20 fr. öst. Währ.